Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/860
29. 08. 77

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Pfeifer, Daweke, Rühe, Frau Dr. Wilms, Frau Dr. Wisniewski, Frau Benedix, Dr. Hornhues, Frau Krone-Appuhn, Dr. Pfennig, Dr. Müller, Schmidt (Wuppertal) und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 8/770 –

Berufsaussichten junger Hochschulabsolventen

1. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft – MB/II A 6 – 0104–6–13/77 – hat mit Schreiben vom 25. August 1977 im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern, der Finanzen, für Wirtschaft und für Arbeit und Sozialordnung die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:

2. Die Vorbemerkung zur Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU enthält zwei unrichtige bzw. mißverständliche Aussagen. Die Fragen stehen, insbesondere im Hinblick auf Zeithorizont und Umfang zumindest teilweise im Widerspruch zu den Planungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten in einem freien und sozialen Gesellschaftssystem. Vor einer Beantwortung der Fragen im einzelnen geht die Bundesregierung daher zunächst in den folgenden vier Punkten auf die angesprochene Gesamtproblematik des Zusammenhangs von Bildungs- und Beschäftigungssystem ein.

Erstens

3. Die Bundesregierung fühlt sich den Angehörigen der geburtenstarken Jahrgänge, die in den nächsten Jahren die Nachfrage im Bildungssystem und nach Anfangspositionen im Beschäftigungssystem bestimmen werden, in besonderem Maße verpflichtet. Die Bundesregierung setzt sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür ein, den Angehörigen dieser Jahrgänge ein ausreichendes Bildungsangebot auf allen Stufen des Bildungssystems zu sichern und einer Beeinträchtigung der Ausbildungs- und Lebenschancen einer ganzen Generation als Folge der demographischen Entwicklung entgegenzuwirken. Dies gilt auch für den Hochschulbereich, der jedoch keine Sonderstellung einnimmt und im Gesamtzusammenhang der Angebots- und Nachfragesituation auf allen Stufen des Bildungswesens gesehen werden muß. In diesem Bereich liegt nach der bestehenden Kompetenzverteilung neben den – beschränkten – Einwirkungsmöglichkeiten des Bundes in besonderem Maße die Verantwortung bei den Ländern.

Zweitens

4. Die in der Vorbemerkung zur Kleinen Anfrage aufgestellte Behauptung, die Bundesregierung habe bisherige Anfragen von Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion „ausweichend" beantwortet, trifft nicht zu. Die Bundesregierung hat eine kurze Einschätzung der derzeitigen Sachdiskussion gegeben und auf die engere Fragestellung bezogene Unterlagen übersandt. Die Bundesregierung war dabei davon ausgegangen, daß die Fragesteller mit den einschlägigen Veröffentlichungen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, der Kultusministerkonferenz, der Bundesanstalt für Arbeit, der Bundesregierung selbst sowie wissenschaftlicher und privater Institutionen vertraut seien.

Druck: Thenée Druck KG, 53 Bonn, Tel.: (02221) 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

5. Die in diesem Zusammenhang zu behandelnden Fragen der Aussagefähigkeit und Verläßlichkeit von Bedarfsprognosen und der Entwicklungstendenzen von Bildungs- und Beschäftigungssystem sind so komplex, daß sie sich in der Regel einer Behandlung im Rahmen der Beantwortung einer Kleinen Anfrage entziehen oder die Darstellung sich auf Kernsätze und zusammenfassende Schlußfolgerungen beschränken muß.

6. Eine Zusammenstellung der wichtigsten veröffentlichten Untersuchungen und Stellungnahmen zum Thema „Bedarfsprognosen" wird in der Anlage beigefügt.

Drittens

7. Die in der Vorbemerkung zur Kleinen Anfrage verwendete Formulierung, die Bundesregierung habe „zugestanden, daß die Spannungen zwischen Berufsausbildung und Eintritt in das Berufsleben in Zukunft zunehmen werden", ist irreführend. Sie erweckt den Eindruck, als handele es sich um einen Sachverhalt, der neu ist und für den die Bundesregierung die alleinige oder überwiegende Verantwortung zu tragen habe. Beides trifft nicht zu. Bei der Sicherstellung ausreichender Ausbildungsmöglichkeiten für die geburtenstarken Jahrgänge und ihre nachfolgende Eingliederung in das Erwerbsleben handelt es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur im Zusammenwirken aller staatlichen Instanzen, der Unternehmen der Wirtschaft und der großen gesellschaftlichen Gruppen im Geist einer Solidarität der Erwerbspersonen und der Generationen bewältigt werden kann. Die Einwirkungsmöglichkeiten der Bundesregierung dürfen dabei schon auf Grund der freiheitlichen Wirtschafts- und Berufsverfassung nicht überschätzt werden. Die Bundesregierung geht davon aus, daß auch die Fragesteller – trotz des insofern mißverständlichen Zeithorizonts und Umfangs ihrer Fragen – an diesen Prinzipien auch für den Bereich der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik festhalten wollen. Dies legt jedoch zugleich den übrigen Teilnehmern an dieser freiheitlichen Grundordnung ihren Teil an der Gesamtverantwortung auf, dem sie sich nicht entziehen dürfen.

8. Die angeblich nicht näher konkretisierten „Spannungen zwischen Berufsausbildung und Eintritt in das Erwerbsleben im kommenden Jahrzehnt" sind von der Bundesregierung bereits mehrfach dargestellt worden.

/ u. a.: Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 16. Dezember 1976; Bericht des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft vor dem Ausschuß für Bildung und Wissenschaft des Deutschen Bundestages über Aufgaben und Zielsetzungen der Bildungspolitik in den kommenden Jahren (vgl. Kurzprotokoll der 2. Sitzung des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft vom 3. Februar 1977);

Rede des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft in der Debatte über die Große Anfrage der CDU/CSU betr. Zukunftschancen der jungen Generation (Drucksachen 7/4836 und 7/5099) am 30. Juni 1976 (Stenographischer Bericht, 255. Sitzung des Deutschen Bundestages);

Rede des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft auf der Bildungspolitischen Konferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Essen am 2. November 1976 zum Thema: „Bildungs- und Beschäftigungssystem – ein Feld wechselseitiger Beziehungen" (abgedruckt im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 117/ Seite 1141);

Beschlüsse des Kabinettausschusses für Bildung und Wissenschaft vom 2. April 1976 zur voraussichtlichen Entwicklung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochschulabsolventen und zu den drohenden Ungleichgewichten zwischen Bildungsnachfrage und Bildungskapazität in den kommenden Jahren;

Thesen und Vorschläge des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft zur Hochschulpolitik und zur Sicherung der Ausbildungschancen der geburtenstarken Jahrgänge im Hochschulbereich, veröffentlicht am 4. Mai 1977 (Ausschußdrucksache 12 des Bundestags-Ausschusses für Bildung und Wissenschaft);

Bildungspolitische Zwischenbilanz, herausgegeben vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bonn, Februar 1976 /

9. Die Probleme liegen in dem Zusammentreffen demographisch bedingter Veränderungen bei den Schüler- und Absolventenzahlen einerseits (Durchlauf geburtenstarker Jahrgänge für einen Zeitraum von etwa 10 Jahren) und einem gleichzeitigen starken Ansteigen der Gesamtzahl der Erwerbspersonen andererseits infolge des insgesamt sehr heterogenen Altersaufbaus der Bevölkerung. Dem geburtenstarken Nachwuchs in den kommenden Jahren stehen nur relativ wenig Personen gegenüber, die aus den geburtenschwachen Jahrgängen um den 1. Weltkrieg das Pensionsalter erreichen. Darüber hinaus ergeben sich Probleme aus der unterschiedlichen Struktur der Ausbildungsqualifikationen und der angebotenen Arbeitsplätze.

10. Die von der Bundesregierung erhobene Forderung nach einer „Öffnung der Hochschulen", die auf einem weitgehenden Abbau unnötiger oder durch Maßnahmen eines „Notzuschlags auf Zeit" überwindbarer Zulassungsbeschränkungen zielt, ist daher nicht nur ein hochschulpolitisches Programm, sie ist vielmehr notwendiger Bestandteil einer bildungspolitischen Gesamtstrategie. Die Forderung nach einer Beschränkung des sog. „harten" numerus clausus auf wenige Fächer durch intensive Kapazitätsnutzung und Maßnahmen eines „Notzuschlags auf

Zeit" wird auch gestützt durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes, in der zugleich auch darauf hingewiesen wird, daß die nur begrenzt zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel nur unter Berücksichtigung auch anderer wichtiger Gemeinschaftsbelange zur Verfügung gestellt werden können (Urteil vom 18. Juli 1972 – 1 BvL 32/70 und 25/71, Band 33 S. 334 f. und Urteil vom 8. Februar 1977, 1 BvF I/76 u. a.).

11. Für die so verstandene „Öffnung der Hochschulen" gibt es gegenwärtig keine Alternative im Rahmen eines Gesamtkonzeptes zur Sicherung des Ausbildungsplatzangebots. Zureichende Ausweichmöglichkeiten für abgewiesene Studienbewerber stehen trotz der Programme von Bund und Ländern zur Ausweitung des Ausbildungsangebots nicht zur Verfügung. Zudem sind die Studienberechtigten nach wie vor ihrer Vorbildung und ihren Vorstellungen nach überwiegend nur auf ein Studium ausgerichtet, weil die nach dem Bildungsgesamtplan angestrebte Entwicklung von doppeltqualifizierenden Ausbildungsgängen und berufsbezogenen Inhalten in der zur Hochschulreife führenden Oberstufe von den Ländern nur in Ansätzen verwirklicht wurde. Im Bereich der beruflichen Bildung wirkt sich – auf Grund des früheren Eintrittsalters zeitversetzt vor dem Hochschulbereich – in den kommenden drei bis vier Jahren die Spitzennachfrage der geburtenstarken Jahrgänge aus. Sofern ein größerer Teil studienberechtigter und an sich studienwilliger Bewerber in Ausbildungsstätten außerhalb der Hochschulen abgedrängt wird und dort in einen Wettbewerb mit Haupt- und Realschulabsolventen tritt, die wegen ihrer Vorbildung auf diese Ausbildung angewiesen sind, würden sich erhebliche Probleme im Bereich der beruflichen Bildung ergeben.

12. Dieselben Probleme hätten sich übrigens in verstärktem Maße ergeben müssen, wenn – wie es aus der Kritik an der „Öffnungspolitik" als Forderung abzuleiten ist – der Hochschulzugang in den vergangenen Jahren nach den Kriterien eines vermuteten Bedarfs wesentlich restriktiver gehandhabt worden wäre. Eine entsprechend höhere Zahl Jugendlicher wäre dann auf dem Ausbildungsstellenmarkt schon früher als Bewerber aufgetreten und träte heute als Erwerbssuchende auf dem Arbeitsmarkt auf.

Dieselben Probleme würden sich schließlich auch heute und in den kommenden Jahren in verschärftem Maße stellen, wenn nicht die Bundesregierung eine bildungspolitische Kurskorrektur zugunsten der beruflichen Bildung durchgesetzt hätte und mit Vorrang förderte.

Die Bundesregierung wird diese Politik in der Überzeugung weiterverfolgen, daß den in der Fragestellung weitgehend quantitativ behandelten Problemen qualitative Probleme zugrundeliegen, deren Lösung nicht allein in Ausbau oder Umschichtung liegen kann, sondern qualitative Veränderungen in Schule, Berufsbildung und Studium wie im Beschäftigungsbereich verlangt.

13. Eine weitere Schwierigkeit liegt in der Stellenentwicklung im öffentlichen Dienst und der Finanzlage der öffentlichen Haushalte. Nach der Personalexpansion in den letzten Jahren, vor allem im Bildungsbereich, mit der daraus resultierenden Verjüngung der Altersstruktur wird der öffentliche Dienst in Zukunft nicht mehr wie in den Jahren der Expansion bis zu 60 v. H. der Hochschulabsolventen aufnehmen können. Dennoch ist die Bundesregierung der Auffassung, daß zu prüfen ist, ob und ggf. durch welche Maßnahmen die Aufnahmefähigkeit des öffentlichen Dienstes vom Bedarf her erhöht werden kann (z. B. Ausweitung der Möglichkeiten für Teilzeitarbeit).

14. Insgesamt gesehen wird jedoch ein verstärktes Angebot an Hochschulabsolventen auf den nichtöffentlichen Bereich zukommen. Hochschulabsolventen werden sich in größer werdender Zahl darauf einstellen müssen, zumindest am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn Aufgabengebiete zu übernehmen, die ein Hochschulstudium nach herkömmlicher Auffassung nicht oder nicht unbedingt erfordern. Bei diesen Anfangspositionen werden sie in verstärktem Maße mit Absolventen anderer Bildungsgänge konkurrieren. Insofern werden Hochschulabsolventen nicht mehr von vornherein im Vergleich zum Durchschnitt der Erwerbstätigen auf bevorzugte Berufsaussichten rechnen können. Die Entwicklung der Berufsaussichten hängt dann stärker als heute von der Leistung des einzelnen im Beschäftigungssystem und weniger von dem formalen Bildungsabschluß ab, worin eine Verbindung des Prinzips der Chancengleichheit mit dem Leistungsprinzip gesehen werden kann.

15. Die Bundesregierung sieht in dieser Entwicklung einen gesellschaftlichen Prozeß, der – weniger als Ergebnis bestimmter politischer Maßnahmen denn als Auswirkung eines Strebens nach Teilhabe wachsender Bevölkerungsschichten an den durch Qualifikation erweiterten Möglichkeiten der Lebensgestaltung – in allen freiheitlich verfaßten und hochindustrialisierten Staaten festzustellen ist. Die Bundesregierung lehnt es entschieden ab, aus den sich dabei ergebenden Spannungen die Konsequenz einer Qualifikationsverweigerung zu ziehen. Sie betrachtet es als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, diese Spannungen – vor allem wenn sie sich auf Grund konjunktureller, struktureller und demographischer Entwicklungen zeitweilig verschärfen – für den einzelnen und für die Gesellschaft aufzufangen und die darin auch liegenden Chancen für die weitere Entwicklung zu nutzen. Dies schließt eine Flexibilität im Berufsbereich nicht nur von der Nachfrageseite,

sondern auch in der Gestaltung der Ausbildung und der Studiengänge sowie z. B. in der Gestaltung der Arbeitsplätze und Arbeitsprozesse von Seiten der Arbeitgeber ein. Eine Bewirtschaftung von Qualifikationsangeboten unter Bedarfsgesichtspunkten und auf Grund struktureller status-quo-Vorstellungen widerspräche nicht nur der Entscheidungsfreiheit des einzelnen; sie würde auch einen Verzicht auf die Dynamik der Wechselwirkung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem bedeuten, der auf längere Sicht menschlich, wirtschaftlich und gesellschaftlich ein höheres Risiko wäre als die hier zur Rede stehenden Spannungen.

Die Bundesregierung sieht es als besondere Verpflichtung an, daß die sich aus den Wechselwirkungen von Bildungs- und Beschäftigungssystem ergebenden Handlungsmöglichkeiten erkannt und von den Verantwortlichen in Staat und Wirtschaft genutzt werden.

Viertens

16. Bedarfsprognosen sollen vor allem dazu beitragen, Orientierungshilfen für den einzelnen zu liefern und den Mitteleinsatz im Bildungswesen möglichst zweckmäßig zu gestalten. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat bereits frühzeitig Prognosen über den Bedarf und die Beschäftigungsaussichten in den quantitativ bedeutsamsten Fachrichtungen erarbeiten lassen und die Ergebnisse in die gemeinsamen Planungs- und Beratungsgremien von Bund und Ländern, insbesondere die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung sowie den Planungsausschuß nach dem Hochschulbauförderungsgesetz eingebracht.

17. Prognosen über die voraussichtliche quantitative und qualitative Bedarfsentwicklung können jedoch schon wegen einer Vielzahl statistischer und methodischer Probleme und Unsicherheiten der Vorausschätzungen nicht zum bestimmenden Maßstab für den Ausbau im Bildungsbereich gemacht werden.

18. Die Bundesregierung hat sich zu den Möglichkeiten und Grenzen von Bedarfsprognosen mehrfach geäußert. Sie findet ihre Auffassung durch die Wissenschaft und kürzlich auch durch die Landesregierung von Baden-Württemberg in ihrer im März 1977 erschienenen Veröffentlichung „Chancen der jungen Generation in Ausbildung und Beruf – Perspektiven und Maßnahmen" bestätigt. Zu den Hauptproblemen bei Bedarfsprognosen ist dort ausgeführt (Zitat):

„— Das Prognosesystem ist in methodischer Hinsicht relativ inflexibel. Bei konstant gehaltenen Strukturen werden die am Arbeitsmarkt trotz gewisser Starrheiten wirksamen horizontalen und vertikalen Substitutionsprozesse und die regionalen Mobilitätsprozesse vernachlässigt. Das wirkt sich vor allem in einer Minderschätzung neuer Berufe aus.

— Künftige Wechselwirkungen von Angebot und Bedarf können nicht berücksichtigt werden. Insbesondere Akademiker werden oft für innovatorische und neue Aufgaben ausgebildet, für die es in der Vergangenheit keinen feststellbaren Bedarf gegeben hat.

— Eine Absicherung des theoretisch ermittelten Bedarfs durch empirische Erhebungen und Befragungen bei Unternehmen und Unternehmensverbänden ist nur begrenzt möglich, weil langfristige Personalplanungen in der Privatwirtschaft fast völlig fehlen und auch mittelfristig kaum genaue Planungen, sondern höchstens Tendenzvorstellungen bestehen.

— Auch im Bereich der öffentlichen Hand fehlen auf vielen Gebieten langfristige Personalplanungen. Soweit sie vorhanden sind, sind sie mit erheblichen finanziellen Vorbehalten versehen.

— Diese Unsicherheitsfaktoren treten in den einzelnen Bereichen graduell gestuft auf. Am schwierigsten zu prognostizieren ist der Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft, da hier eine Vielzahl von Bedingungen und Annahmen zu berücksichtigen und zu quantifizieren sind. Im Bereich der Versorgungsdienstleistungen und im Bildungswesen ist der Bedarf hingegen durch die gesellschaftspolitischen Vorstellungen und politischen Zielwerte (Schüler-Lehrer-Relationen, Dichteziffern) mit höherer Sicherheit ermittelbar, wenngleich wegen der finanziellen Vorbehalte der Bedarf nur in Bandbreiten festgelegt werden kann."

19. Neben diesen eher „technischen" Einwänden sprechen jedoch vor allem grundsätzliche Überlegungen gegen Vorstellungen einer perfektionistischen Planbarkeit des Bedarfs und einer entsprechenden Ausrichtung der Bildungs- und Beschäftigungspolitik, wie sie aus dem Wortlaut und dem über das Jahr 1985 hinausreichenden Zeithorizont der Fragen der CDU/CSU-Fraktion deutlich werden.

20. Der Bundesregierung ist keine Regierung freiheitlich-demokratischer Prägung bekannt, die eine derart detaillierte und weitreichende Bedarfsplanung mit dem Anspruch auf Vollzugsverbindlichkeit betreibt. Selbst kommunistisch regierte Länder, in denen eine solche Planung auf Grund grundsätzlich anderer Wertvorstellungen der Gesellschaftsordnung möglich ist, beschränken sich in der Regel auf die Aufstellung von Fünfjahresplänen, die allerdings im Laufe des Planvollzugs meist ständig revidiert werden müssen.

21. Die Bundesregierung stellt fest, daß sie auch in der Beurteilung dieser grundsätzlichen Fragen nicht allein steht. In der bereits erwähnten Veröffentlichung der Landesregierung Baden-Württemberg heißt es unter „Grundsätze":

    „Unsere gesellschafts- und wirtschaftspolitische Grundordnung der sozialen Marktwirtschaft schließt dirigistische Maßnahmen aus. Eine totale Berufs-, Bedarfs- und Investitionslenkung kommt deshalb nicht in Betracht. Demgegenüber sind verstärkt Informations- und Orientierungshilfen über alternative Ausbildungsmöglichkeiten erforderlich.

22. Unabhängig von den prinzipiellen Argumenten sind in einem föderalistisch organisierten Bildungssystem die Bedingungen und Möglichkeiten einer solchen Steuerung besonders kritisch zu beurteilen. Unterschiedliche Regelungen in der Ausgestaltung und Wertigkeit von Abschlüssen, in der Dauer der Bildungsabschnitte oder in den Übergängen zwischen den Schulstufen und von der Schule in Berufsbildung und Erwerbstätigkeit erschweren die Möglichkeit einer Lenkung und bergen die Gefahr, daß sich bestimmte Maßnahmen regional unterschiedlich auswirken.

23. Unter Berücksichtigung der Kompetenzlage hat sich die Bundesregierung frühzeitig und mehrfach dafür eingesetzt, die Entwicklung des Studienplatzangebots und die damit zusammenhängenden Fragen – insbesondere der inhaltlichen Entwicklung des Studienangebots (Studienreform), der beschäftigungspolitischen Fragen und des Dienstrechts mit den Ländern zu beraten und Maßnahmen zu treffen. Bereits am 8. Dezember 1975 hat die Bund–Länder–Kommission – unter wesentlicher Mitarbeit des Bundes – den Bericht über die „Entwicklung des Angebots und Bedarfs an Hochschulabsolventen" (BLK-Drucksache K 2/76) verabschiedet, ihn mit dem Planungsausschuß für den Hochschulbau und mit dem Finanzplanungsrat abgestimmt und den Regierungschefs von Bund und Ländern vorgelegt.

24. Die Konferenz der Finanzminister der Länder hat eine Vorausschätzung des zukünftigen Ersatzbedarfs der öffentlichen Hand erarbeitet, in der die unter Ziffer 14 bereits dargelegte Problematik der Auswirkungen von Personalexpansion, Lage der öffentlichen Finanzen und Altersgliederung der Bediensteten dargelegt und quantifiziert wurde. Diese Vorausschätzung wurde den Regierungschefs von Bund und Ländern mit einer Stellungnahme der Bund–Länder–Kommission für Bildungsplanung übermittelt. In dieser Stellungnahme haben die der Bund–Länder–Kommission angehörenden Mitglieder der Regierungen des Bundes und der Länder auf die Bedeutung solcher Berechnungen hingewiesen, die nicht als politische Festlegungen verstanden werden dürfen, sondern vielmehr dazu dienen können, die Notwendigkeit struktureller Veränderungen aufzuzeigen und Aktionsparameter für politisches Handeln zu geben.

25. Am 14. März 1977 hat die BLK die „Prognose des globalen, des schularten- und des fächerspezifischen Lehrerangebots und -bedarfs bis zum Jahre 1985" zur Kenntnis genommen. In diesen Arbeiten sind die bis zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehenden methodischen und prognostischen Materialien berücksichtigt worden.

26. Ausgehend von einer Initiative des Bundeskanzlers befassen sich die Regierungschefs von Bund und Ländern mit der Entwicklung des Studienplatzangebots und den damit zusammenhängenden Fragen, insbesondere den Auswirkungen auf das Beschäftigungssystem einschließlich der dienst- und besoldungsrechtlichen Möglichkeiten der öffentlichen Hand sowie den notwendigen Veränderungen des Studiensystems. Hierzu ist inzwischen ein Beschlußvorschlag über politische Eckwerte erarbeitet worden, über den bereits weitgehende Übereinstimmung zwischen Ländern und Bund erzielt worden ist. Hierüber werden die Regierungschefs am 14. Oktober 1977 entscheiden.

27. Die Bundesregierung hat die Erfahrung machen müssen, daß die Aufnahme und Umsetzung ihrer Vorschläge in der gemeinsamen Arbeit mit den Ländern einen erheblichen Zeitaufwand verlangt. Sie ist jedoch der Auffassung, daß aus diesen gemeinsamen Anstrengungen eher Antworten und Maßnahmen bezüglich der Zukunftschancen der jungen Generation erwartet werden können, als wenn langfristige „Berechnungen", nach denen bis zum Jahr 1997 (!) die Zahl der Personen mit Hochschulabschluß auf 4,1 oder 5 Millionen ansteigen soll, ohne Diskussion der Voraussetzungen und der zwischenzeitlichen strukturellen Veränderungen in Studium und Arbeitswelt unter der Überschrift „Potential der Revolte" in die Öffentlichkeit gegeben werden. Diese Art von langfristigen Berechnungen auf der Basis unveränderter Strukturen im Ausbildungs- und Beschäftigungsbereich in Verbindung mit dieser Form der Argumentation leistet weder Orientierungshilfe für den einzelnen noch Entscheidungshilfe für die Politik. Sie führt vielmehr von der Verantwortung für Studienreform, für die gemeinsam zu leistende Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebots und für Veränderungen auch in der Beschäftigungs- und Einkommensstruktur weg. Es ist falsch, wenn man die Frage nur darauf konzentriert, wie hoch die Zahl der Studierenden und der Absolventen ist; wesentlich für die Beurteilung ist die Frage, wie die Studiengänge gegliedert und die Studieninhalte gestaltet sind und in welchem Verhältnis das zu den Entwicklungstendenzen im Beschäftigungssystem steht.

28. Trotz dieser Einschätzung sollen – wo immer dies von der Datenlage her möglich und vertretbar ist – die Prognosemethoden und -techniken weiterhin verbessert, Untersuchungen über die voraussichtliche Bedarfsentwicklung angeboten und durch Qualifikationsforschung ergänzt werden, um daraus Orientierungshilfe und Trendinformationen für den einzelnen wie für die Entwicklung politischer Handlungselemente zu gewinnen.

29. Die „Schlußfolgerungen" in dem bereits erwähnten Bericht der Bund–Länder–Kommission „Entwicklung des Angebots und Bedarfs an Hochschulabsolventen" enthalten dazu folgende Aussage:

 „Bund und Länder sollten die Weiterentwicklung der wissenschaftlichen und statistischen Grundlagen für die Berücksichtigung von Beschäftigungsaspekten in der Bildungsplanung auch unter Erprobung neuer methodischer Ansätze verstärkt fördern. Dabei sollten vor allem solche Arbeiten gefördert werden, die die wechselseitigen Beziehungen zwischen Bildungsinhalten und Bedarfsentwicklung (Qualifikationsforschung) aufhellen."

30. Bezüglich der in der Kleinen Anfrage und der sie begleitenden Presseerklärung bezweifelten Verwertbarkeit von Hochschulqualifikationen verweist die Bundesregierung nochmals auf die Veröffentlichung der Landesregierung Baden-Württemberg, mit der sie in der folgenden Beurteilung weitgehend übereinstimmt:

 „Angesichts der Unsicherheiten hinsichtlich der künftigen Entwicklung des Arbeitskräftebedarfs nach Berufen, Tätigkeitsinhalten oder Qualifikationsstufen lassen sich aus dem Blickwinkel der Wirtschaft für das Beschäftigungssystem keine verbindlichen Zielvorgaben für den erforderlichen Output des Bildungs- und Ausbildungssystems ableiten. Selbst wenn dies möglich wäre und das Angebot des Bildungssystems entsprechend strukturiert würde, könnten qualitativ bedingte Fehlentwicklungen zwischen Angebot und Nachfrage an Arbeitskräften auf Grund der grundsätzlichen Freiheit der Berufswahl nicht ausgeschlossen werden. Sind aber derartige Fehlentwicklungen aus den genannten Gründen nicht auszuschließen, muß zumindest überprüft werden, welche Art von Fehlentwicklungen die Beschäftigungsrisiken der betroffenen jungen Menschen möglichst gering halten.

 Fehlentwicklungen hinsichtlich des Qualifikationsniveaus von Arbeitskräften können Unter-, Über- oder Andersqualifikationen sein. Insgesamt beinhalten demnach dann, wenn sich Fehlentwicklungen der Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte gegenüber dem Arbeitsmarktbedarf nicht vermeiden lassen – sei es aus Gründen der mangelnden oder unsicheren Informationen, sei es aus Gründen falschen Wahlverhaltens bei der Ausübung der freien Berufswahl –, Tendenzen zur Überqualifikation geringere Beschäftigungsrisiken für die junge Generation."

Soweit in einzelnen Fachrichtungen die Entwicklung unter Bedarfsgesichtspunkten erkennbar eher in Richtung einer Anders- als einer Überqualifikation verläuft, ist zu prüfen, wieweit diese Entwicklung z. B. durch Umschichtungsmaßnahmen und durch verbesserte Studien- und Berufsberatung beeinflußt werden kann.

31. Die Bundesregierung hält also fest:

— Das Bemühen um Verbesserung der Prognosetechnik darf nicht zu einer mechanistischen Perspektive führen, die den Spielraum für Verhaltensänderungen in freiheitlicher Entscheidung der Bürger und für strukturelle Veränderungen im Bildungs- und Beschäftigungssystem verkennt oder im Ergebnis sogar einschränkt.

— Trendberechnungen und Prognosen können und dürfen nicht als Ersatz für politisches Handeln gelten, sondern dienen zur Erhellung der Notwendigkeiten und Bedingungen für politisches Handeln.

— Vorausschätzungen in den Bereichen Bildungssystem und Beschäftigungssystem können, sobald sie über einen relativ kurzfristigen Zeitraum hinausgehen, nicht oder nur sehr bedingt als Bild einer voraussichtlichen Entwicklung verstanden werden, da sie künftige strukturelle Veränderungen nicht oder nur spekulativ einbeziehen; ihr Wert liegt eher darin, die Notwendigkeit und die Bedingungen solcher Änderungen aufzuzeigen und Handlungselemente für eine entsprechende Politik zu liefern. Dementsprechend hat z. B. der Wissenschaftsrat seine Überlegungen zur Hochschulentwicklung – soweit sie quantifiziert wurden – auf den Zeitraum von 1976 bis 1985 begrenzt; nur bis dahin sind relativ gleichbleibende Annahmen über die zugrundeliegenden quantitativen und qualitativen Strukturen möglich. Andererseits erfordern die langen Fristen für die Umsetzung bildungspolitischer Maßnahmen, daß die anstehenden Entscheidungen, z. B. in der Studienreform heute getroffen und umgesetzt werden, damit sie ab Beginn der achtziger Jahre voll wirksam werden können.

— Die bestehenden und zu erwartenden Spannungen im Verhältnis von Bildungssystem und Beschäftigungssystem können nicht allein quantitativ gesehen und durch quantitative Maßnahmen aufgefangen werden. Dies setzt Flexibilität im Ausbildungs- und Berufsverhalten der Auszubildenden und Absolventen, ebenso aber Flexibilität der Arbeitgeber in der Gestaltung der Arbeitsplätze, Arbeitsprozesse und Arbeitsbedingungen voraus. Dazu bedarf es einer Politik,

die die notwendigen Voraussetzungen hierfür fördert und sichert.

— die Bundesregierung lehnt eine aus den Fragen der Opposition abzuleitende Argumentation für eine Politik der Ausbildungsverweigerung im Hochschulbereich wie auch in den anderen Ausbildungsbereichen ab.

32. Unter Bezugnahme auf die vorangehenden, notwendigerweise umfangreicheren Klarstellungen beantwortet die Bundesregierung die einzelnen Fragen wie folgt:

1. Derzeitiger Stand und voraussichtlicher Zuwachs an ausgebildeten Naturwissenschaftlern, Pharmazeuten, Sprach- und Kulturwissenschaftlern sowie Ingenieuren

1.1 Wie viele Personen mit abgeschlossener Hochschulausbildung in diesen Fächern stehen zur Zeit im Berufsleben, aufgegliedert nach den Hauptberufssparten (z. B. bei den Naturwissenschaftlern nach Physikern, Mathematikern, Chemikern etc.)?

1.2 Wie viele Hochschulabsolventen werden voraussichtlich in den Jahren 1977 bis 1985 auf Grund ihrer Ausbildung in diese Berufssparten nachrücken wollen?

1.3 Kann die Bundesregierung Schätzzahlen im Sinne der Frage 1.2 für die Jahre nach 1985 angeben?

1.4 Von welcher Erfolgsquote (bestandene Abschlußprüfungen zur Zahl der Studienanfänger) geht die Bundesregierung bei der Beantwortung zu 1.2 und 1.3 aus?

2. Mit welchen Abgängen von Erwerbspersonen mit Hochschulausbildung rechnet die Bundesregierung in den bisher aufgeführten Berufssparten für die genannten Jahre?

33. Die beigefügte Übersicht 1 gibt die Entwicklung der Anzahl der Studienanfänger und der Studenten insgesamt und in den genannten Fachrichtungsgruppen für den Zeitraum von 1973 bis 1976 wieder, Übersicht 2 weist die Zahl der Hochschulabsolventen mit bestandenen Abschlußprüfungen in den genannten Fachrichtungen für die Jahre 1975 und 1976 aus.

34. Prognosen für die zukünftige Entwicklung der Absolventenzahlen für das Bundesgebiet liegen nur jeweils nach Fachbereichen im Rahmen der Angebots- und Bedarfsstudien für die wichtigsten Fächergruppen vor (vgl. Übersichten 4 bis 6 sowie das Materialverzeichnis, Teil B, im Anhang). Da diesen Studien unterschiedliche Ausgangszahlen und Modellannahmen zugrunde liegen, ist eine einfache Aufsummierung nicht möglich. Die Entwicklung in der Bildungsbeteiligung und im Übergangsverhalten in der jüngsten Vergangenheit bieten keine verläßliche Grundlage für eine Globalprognose der Absolventenzahlen. Als Schätzgrößen aus heutiger Sicht kann davon ausgegangen werden, daß im Zeitraum von 1981 bis 1985 durchschnittlich etwa 125 000 Absolventen von Hochschulen und Fachhochschulen ins Erwerbsleben eintreten werden gegenüber durchschnittlich 100 000 im Fünfjahreszeitraum 1976 bis 1980. Dies würde bedeuten, daß der Anteil der Erwerbspersonen mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluß, der 1970 bei 5,5 v. H. und 1975 bei etwa 6,1 v. H. lag, 1980 bei 7,3 bis 7,5 v. H. und 1985 bei 8,9 bis 9,2 v. H. läge.

35. Die Übersichten 3 bis 6 geben einen Überblick über die Bestände an erwerbstätigen Hochschulabsolventen nach den Volks- und Berufszählungen 1961 und 1970 insgesamt und nach Fachrichtungen sowie über die voraussichtliche Bedarfsentwicklung in den genannten Fachrichtungen nach den Ergebnissen der derzeit vorliegenden Prognosen. Wie in der Vorbemerkung im einzelnen ausgeführt, können diese Angaben wegen der prognostischen Unsicherheiten jedoch nur als Schätzwerte im Sinne von Orientierungshilfen verwendet werden; eine ausschließlich am Bedarf orientierte Planung und eine entsprechende Zulassungssteuerung kann darauf nicht aufgebaut werden und wäre mit unserer Verfassung auch nicht zu vereinbaren.

36. In diesem Zusammenhang ist auch nochmals auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes (im sog. Numerus-clausus-Urteil, vgl. 1 BvF I/76 u. a. vom 8. Februar 1977) zu verweisen, nach der die von den geburtenstarken Jahrgängen ausgehende verstärkte Nachfrage nach Ausbildungsangeboten auch im Hochschulbereich besondere Anstrengungen zur vollen Ausnutzung und zusätzlichen Bereitstellung von Ausbildungskapazität erfordert. Für kapazitätswirksame Maßnahmen im Hochschulbereich ist daher nicht nur die voraussichtliche Bedarfsentwicklung, sondern insbesondere auch die Nachfrage nach Ausbildungsangeboten zu berücksichtigen.

37. Aktuelleres Material über den Ausbildungsstand der Erwerbsbevölkerung ist aus dem Mikrozensus von 1976 zu erwarten. Eine Bereitstellung entsprechender Daten aus der im Aufbau befindlichen Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit und des Statistischen Bundesamtes (für den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) ist geplant.

3. Ersatzbedarf und zusätzlicher Bedarf an Hochschulabsolventen in Staat, Wirtschaft und anderen Tätigkeitsbereichen

3.1 Kann die Bundesregierung, möglicherweise in Alternativrechnungen, den Ersatzbedarf und den zusätzlichen Bedarf an Erwerbspersonen mit Hochschulbildung, aufgegliedert nach Hauptberufssparten,

— für den Staat,

— in der Wirtschaft,

— in anderen Tätigkeitsbereichen

für den Zeitraum bis 1985 bzw. später schätzen (es wird gebeten, die Modellannahmen kurz darzustellen)?

3.2 Was ist nach Ansicht der Bundesregierung die wahrscheinliche Entwicklung?

38. Die Bundesregierung ist bestrebt, in den Bereichen, in denen weitgehend gesicherte Daten (z. B. Schülerzahlen) für einen mittelfristigen Zeitraum zur Verfügung stehen und weitere prognosebestimmende Parameter (z. B. Dichteziffern, Schüler–Lehrer-Relationen) in entscheidendem Maße von der öffentlichen Hand bestimmt werden können, möglichst vollständige Bedarfsprognosen vorzulegen oder an ihnen mitzuarbeiten. Dies gilt z. B. für die Prognose des globalen, des schularten- und des fächerspezifischen Lehrerangebots und Lehrerbedarfs bis zum Jahr 1985, den die Bund–Länder–Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung im März 1977 vorgelegt hat. Dennoch bleibt auch hier offen, ob und inwieweit die von derzeitigen politischen Setzungen mitgeprägte Prognose durch die politische Entscheidung zur gegebenen Zeit bestätigt wird.

39. Eine Bedarfsschätzung im Bereich der Wirtschaft und in anderen Tätigkeitsbereichen ist dagegen selbst auf eine kurz Frist mit großen Schwierigkeiten und Unsicherheiten verbunden.

40. Die Wirtschaft ist einem fortwährenden Wandel durch ständige regionale, sektorale und strukturelle Anpassung an die demographische, technologische und weltwirtschaftliche Entwicklung unterworfen, nicht zuletzt auch auf Grund der Ein- und Mitwirkung der Parlamente von Bund und Ländern. Veränderungen im Bildungsangebot und im Bildungsverhalten wirken sich ebenso auf die Wirtschaft aus wie sie sich als Reaktion auf Veränderungen in der Wirtschaft ergeben. In diesem Bereich gibt es keine „unveränderlichen" Trends; Vorstellungen über eine mechanistische Fortschreibungsmöglichkeit von zur Zeit bestehenden Verhältnissen sind irrig.

41. Eine auf das Jahr 1985 oder sogar darüber hinaus bezogene Beurteilung der „wahrscheinlichen Entwicklung" in der Form und Aufgliederung, wie sie in Frage 3 verlangt wird, kann die Bundesregierung daher – aus den in der Vorbemerkung im einzelnen dargelegten Gründen – nicht geben.

Schätzwerte für die genannten Fachrichtungen auf Grund der derzeit vorliegenden Prognosen sind in den bereits erwähnten Übersichten 3 bis 6 zusammengefaßt.

Weil eine sachgerechte Darstellung der Modellannahmen bei den einzelnen Prognosen den Rahmen der Beantwortung einer Kleinen Anfrage sprengen würde, wird hierzu auf das beigefügte ausführliche Materialverzeichnis verwiesen. Die Verbesserung der Datenbasis und die Weiterentwicklung des Prognoseinstrumentariums ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern in den hierfür vorgesehenen gemeinsamen Gremien der Bildungsplanung; die Antwort zur Frage 5 enthält hierzu weitere Angaben.

4. Alternativen für Hochschulabsolventen und Verdrängungswettbewerb für Andersqualifizierte

4.1 Welche konkreten Ausweichmöglichkeiten sieht die Bundesregierung, wiederum aufgegliedert nach Hauptberufssparten, für diejenigen Hochschulabsolventen, die in den Jahren bis 1985 bzw. später die Hochschulen verlassen und die auf Grund des geschätzten Ersatzbedarfs und des geschätzten Zuwachsbedarfs keine „adäquaten" Berufschancen erwarten können?

4.2 Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang den Verdrängungswettbewerb zwischen Hochschulabsolventen und Andersqualifizierten, und welche Möglichkeiten sieht sie, für Andersqualifzierte noch Aufstiegschancen im Beruf zu sichern?

42. Die Chance, ein Studium an einer Hoch- oder Fachhochschule durchführen zu können, darf nicht gleichzeitig als ein Anrecht auf eine herausgehobene Berufs- und Lebensstellung (mit den damit verbundenen Einkommenserwartungen) im Sinne der traditionellen Akademikerpositionen im Beschäftigungssystem verstanden werden.

43. Der bisherige starre Zusammenhang zwischen Bildungsabschluß und Berufs- und Aufstiegschancen sollte überprüft werden. Damit wird in keiner Weise einer stärkeren Trennung („Entkoppelung") von Bildungs- und Beschäftigungssystem das Wort geredet; die Bundesregierung setzt sich vielmehr – wie bereits in der Vorbemerkung erwähnt – für eine verstärkte Qualifikationsforschung sowie die Verwirklichung der im Hochschulrahmengesetz verankerten Forderungen nach einer Reform der Studieninhalte ein.

44. Es ist aber ganz offensichtlich, daß auf Grund des bereits in den letzten 10 bis 15 Jahren erheblich gestiegenen und auch in den kommenden Jahren vergleichsweise hohen Anteils eines Altersjahrgangs, der eine Hochschulausbildung absolviert, die resultierende Zahl der Hochschulabsolventen nicht mehr allein für traditionelle Akademikerfunktionen eingestellt werden kann, sondern auch für geeignete Positionen, bei denen in der Vergangenheit von einem anderen Ausbildungsabschluß ausgegangen worden ist. Dabei muß man auch die Veränderungen in Rechnung stellen, die sich bei der Bewertung von Berufspositionen ergeben. Eine solche Tendenz zur Ausweitung der Tätigkeitsbereiche für Hochschulabsolventen ist im übrigen eine Erscheinung, die schon seit langer Zeit in allen vergleichbaren Industriestaaten festzustellen

und dort vielfach weiter fortgeschritten ist als in der Bundesrepublik.

45. Das Bildungs- und das Beschäftigungssystem werden sich auf diese neuen Quantitäten und Qualifikationsstrukturen einstellen müssen. Wirtschaft und Staat sollten sich bemühen, diesen neuen Anforderungen, die zugleich Chancen sind, in stärkerem Maße als bisher Rechnung zu tragen. Untersuchungen u. a. aus den Vereinigten Staaten zeigen, daß auch Hochschulabsolventen, die in nach heutigem Verständnis als „nicht-adäquat" empfundenen mittleren und gehobenen Positionen beschäftigt werden, nach wenigen Jahren eine hohe Berufszufriedenheit entwickeln und ihre Ausbildung als sinnvoll verwertbar ansehen (vgl. „College as a Training Ground for Jobs", hrsg. vom Higher Education Research Institute, Los Angeles 1977).

46. Der Wettbewerb von Hochschulabsolventen und Nicht-Hochschulabsolventen um Positionen, die bisher üblicherweise von Nicht-Hochschulabsolventen besetzt oder typische Aufstiegspositionen für diese waren, wird in Zukunft zunehmen. Die Berufserfahrung und bereits erwiesene Leistungsfähigkeit des Nicht-Hochschulabsolventen konkurrieren dabei mit der Ausbildung des Hochschulabsolventen. Stimmen aus der Wirtschaft zeigen, daß dieser Wettbewerb durchaus nicht von vornherein zugunsten des Hochschulabsolventen entschieden sein muß.

47. Die bereits erwähnte Notwendigkeit, Aufstiegs- und Einstiegschancen weniger an formalen Bildungsabschlüssen zu orientieren und sie flexibler zu gestalten, gewinnt daher auch für die Sicherung eines ausgewogenen Verhältnisses der Berufschancen von Hochschulabsolventen und von den Inhabern anderer Qualifikationen an Bedeutung.

48. Darüber hinaus sollen ausreichende und qualitativ anerkannte Weiterbildungsangebote dazu beitragen, die Berufschancen auch unabhängig von der Erstausbildung zu verbessern. Die Bundesregierung betrachtet das von ihr vorgelegte und inzwischen in Kraft getretene Fernunterrichtsschutzgesetz und ihre Vorschläge zum Ausbau des Fern- und Medienunterrichtes als wichtige Schritte auf diesem Weg.

5. Soweit die Bundesregierung die vorstehenden Fragen nicht mit der Angabe von Größenordnungen beantworten kann, ist sie gegebenenfalls bereit, die notwendigen Berechnungen und Prognosen zu veranlassen? Bis zu welchem Zeitpunkt kann in diesen Fällen das Datenmaterial zur Verfügung gestellt werden?

49. Die Bundesregierung wird weiterhin in Bereichen, in denen die vorhandenen Daten und die prognosebestimmenden Faktoren dies erlauben (wie z. B. beim Lehrerbedarf), Untersuchungen über die voraussichtliche Entwicklung des Bedarfs erarbeiten und unterstützen.

50. Sie wird sich dabei insbesondere bemühen, den in dem Bericht „Entwicklung des Angebots und Bedarfs an Hochschulabsolventen" der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung enthaltenen Auftrag an Bund und Länder zur Weiterentwicklung der Grundlagen für die Berücksichtigung von Beschäftigungsaspekten in der Bildungsplanung gerecht zu werden.

51. Alle Planungen und Prognosen in den hier zur Rede stehenden Bereichen bedürfen der Mitarbeit der Länder. Das ergibt sich aus der Verantwortung und den Entscheidungsbefugnissen der Länder sowie daraus, daß erst in der regionalen Umsetzung und Konkretisierung die Ergebnisse für den einzelnen Bürger Bedeutung gewinnen und Entscheidungshilfe geben können. In diesem Zusammenhang ist auch der Beschluß der BLK vom 6. Juni 1977, den mit Vertretern des Bundes und der Länder besetzten Ausschuß „Bildungsplanung" mit der Fortschreibung des Bildungsgesamtplans zu beauftragen, von besonderer Bedeutung. Die Arbeiten sollen im Herbst 1977 begonnen werden und u. a. den Problemfeldern „Quantitative Entwicklung" (planerische Konsequenzen aus der demographischen Entwicklung für die einzelnen Bereiche des Bildungswesens) und „Wechselwirkungen zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem in quantitativer und qualitativer Hinsicht" besondere Beachtung schenken (vgl. BLK-Drucksachen K 40/77 und K 28/77).

Übersicht 1

Studienanfänger nach Fächergruppen und Hochschularten
– in Tausend –

Jahr [1])	Studienanfänger							
	Insgesamt	davon						
		Theologie, Sprach-, Kulturwissenschaften	Rechts-, Wirtschafts-, Sozialwissenschaften	Mathematik, Naturwissenschaften, Pharmazie	Ingenieurwissenschaften	Medizin, Tiermedizin	Agrarwissenschaften	Kunstwissenschaften, Gestaltung
Gesamthochschulen								
1973	9,9	2,3	2,1	1,3	3,6	0,01	0,2	0,5
1974	10,7	2,9	2,1	1,8	3,0	0,01	0,2	0,6
1975	9,8	2,4	2,2	1,3	3,0	0,05	0,2	0,7
1976	11,1	2,2	3,1	1,7	3,4	0,08	0,2	0,4
Universitäten und Pädagogische Hochschulen								
1973	110,8	42,2	22,2	26,4	8,4	5,2	3,2	3,2
1974	112,4	41,9	24,6	25,7	8,6	5,2	3,2	3,2
1975	112,1	36,1	23,4	25,5	11,7	5,9	3,2	4,3
1976	107,9	37,9	21,8	22,9	12,9	6,1	3,3	3,1
Kunsthochschulen								
1973	2,7	–	0,06	–	0,1	–	–	2,4
1974	2,6	–	0,06	–	0,1	–	–	2,4
1975	2,8	–	0,06	–	0,06	–	–	2,7
1976	2,6	–	0,04	–	0,05	–	–	2,5
Fachhochschulen								
1973	41,3	1,0	15,7	0,8	21,1	–	1,0	1,7
1974	42,5	1,1	15,5	1,0	22,0	–	1,2	1,8
1975	43,8	0,8	15,3	1,1	23,1	–	1,6	2,0
1976	46,5	1,2	16,7	1,3	23,2	–	1,7	2,4
Hochschulen insgesamt								
1973	164,7	45,5	40,1	28,5	33,2	5,2	4,4	7,8
1974	168,3	45,4	42,3	28,5	33,7	5,2	4,6	8,0
1975	166,6	39,3	40,9	27,9	37,9	5,9	5,0	9,7
1976	168,1	41,3	41,6	25,9	39,5	6,1	5,2	3,4

[1]) Sommer- und folgendes Wintersemester

noch Übersicht 1

Studenten nach Fächergruppen und Hochschularten
– in Tausend –

Jahr [1])	Studenten	davon:						
	Insgesamt	Theologie, Sprach-, Kulturwissenschaften	Rechts-, Wirtschafts-, Sozialwissenschaften	Mathematik, Naturwissenschaften, Pharmazie	Ingenieurwissenschaften	Medizin, Tiermedizin	Agrarwissenschaften	Kunstwissenschaften, Gestaltung
Gesamthochschulen								
1973	32,9	8,1	6,1	3,2	12,1	0,4	0,7	2,4
1974	39,1	10,1	7,9	4,7	12,6	0,5	0,7	2,7
1975	43,6	11,2	9,2	5,1	13,6	0,7	0,7	3,1
1976	49,0	12,1	12,1	6,6	13,5	1,1	0,8	2,9
Universitäten und Pädagogische Hochschulen								
1973	558,2	189,2	117,8	123,4	55,3	48,0	10,0	14,5
1974	602,9	209,0	127,0	130,1	58,4	50,0	11,4	16,9
1975	637,8	216,8	136,6	133,7	67,7	52,7	14,0	16,3
1976	656,0	226,1	137,8	134,8	68,3	57,2	14,8	17,0
Kunsthochschulen								
1973	14,9	–	0,2	–	0,9	–	–	13,8
1974	15,2	–	0,2	–	0,8	–	–	14,2
1975	15,4	–	0,2	–	0,5	–	–	14,7
1976	15,3	–	0,2	–	0,4	–	–	14,6
Fachhochschulen								
1973	122,9	2,7	40,7	2,9	67,0	–	3,0	6,6
1974	133,4	3,2	45,4	3,4	71,2	–	3,2	7,1
1975	145,5	2,8	49,0	3,3	78,5	–	3,9	8,0
1976	157,1	2,4	53,3	3,4	34,7	–	4,7	8,5
Hochschulen insgesamt								
1973	729,0	200,0	164,8	129,5	135,3	48,4	13,7	37,3
1974	790,5	222,2	180,5	138,2	143,0	50,5	15,3	40,9
1975	813,2	237,8	195,0	142,1	160,3	53,4	18,6	42,1
1976	877,3	240,6	203,4	144,8	166,9	58,3	20,3	43,0

[1]) Wintersemester
Quelle: Grund-Strukturdaten des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

Übersicht 2

Bestandene Abschlußprüfungen (Deutsche und Ausländer) WS 1974/75 und SS 1975 in ausgewählten Fachrichtungen

Studiengebiet	Diplom und sonstige Abschlußprüfungen		Lehramtsprüfungen (1. Staatsprüfung und Zusatz-Ergänzungs- und Erweiterungs-prüfung) [1]		Graduierungen		Doktor-prüfungen	
	WS 1974/75	SS 1975	WS 1974/75	SS 1975	WS 1974/75	SS 1975	WS 1974/75	SS 1975
Insgesamt	15 860	17 809	39 547	34 273	12 066	15 349	5 596	5 822
darunter:								
Sprach- und Kulturwissenschaften	2 043	2 447	18 654	17 466	204	248	709	646
Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	5 275	5 225	2 933	2 936	4 120	6 436	731	612
Mathematik, Naturwissenschaften davon:	2 762	2 776	11 591	8 620	130	178	1 202	1 356
Mathematik	505	637	4 155	3 090	3	15	110	107
Physik, Astronomie	625	664	934	819	–	–	293	345
Chemie	687	630	774	697	104	94	418	508
Pharmazie	377	278	–	–	–	–	61	54
Biologie	337	338	2 361	1 658	–	–	199	202
Humanmedizin	2 693	3 326	–	–	–	–	2 166	2 281
Ingenieurwissenschaften davon:	2 162	2 766	542	404	6 687	7 078	418	609
Maschinenbau, Verfahrenstechnik	601	918	306	250	2 671	2 849	200	263
Elektrotechnik	581	731	173	124	1 882	2 036	70	117
Architektur, Innenarchitektur	379	570	9	11	936	985	27	24
Bauingenieurwesen	359	306	54	18	640	736	65	156

Quelle: Statistisches Bundesamt, Vorläufige Ergebnisse

[1]) Fallzählung, keine Personenzählung (die gleiche Person kann in mehreren Fächern Prüfungen ablegen und wird dann mehrfach gezählt)

Übersicht 3

Erwerbstätige Hochschulabsolventen
– in 1000 –

	Ist-Bestände nach Volkszählung		Prognosen			
			Riese	Alex	DIW	Krafft
	1961	1970	1981	1980	1980	1980
Land- und Forstwirtschaft	18,5	20,6	26,6	25,9	27,7	24,1
Theologie	40,0	46,6	54,7	60,5	50,0	49,1
Sprach- und Kulturwissenschaften einschließlich Lehramt	280,3	359,6	646,0	626,7	498,2	330,6
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	58,3	85,9	95,0	107,7	94,7	171,7
Rechtswissenschaften	82,8	93,6	115,4	114,5	116,7	215,7
Ingenieurwissenschaften	99,3	104,5	171,7	194,7	163,7	254,6
Naturwissenschaften	52,2	91,2	112,2	129,3	122,4	115,7
Allgemeine Medizin	86,3	114,7	104,6	154,7	143,3	160,6
Zahnmedizin	24,5	28,0	40,8	41,7	39,5	43,1
Tiermedizin	8,1	9,3	9,4	11,4	14,3	11,9
Pharmazie	21,6	28,5	27,3	27,9	22,9	38,8
Zusammen	771,9	982,5				
Sonstige	–	87,7	–	–	8,2	6,5
Insgesamt	771,9	1070,2	1403,8	1494,8	1301,8	1420,6

Quelle: Bericht der Bund-Länder-Komission für Bildungsplanung und Forschungsförderung „Entwicklung des Angebots und Bedarfs an Hochschulabsolventen", BLK-Drucksache K 2/76 vom 7. Januar 1976

Übersicht 4

Naturwissenschaftler und Ingenieure

Die Prognose des Battelle-Instituts zum „Bedarf und Angebot an Ingenieuren und Naturwissenschaftlern in der Bundesrepublik Deutschland bis 1990" kommt zusammengefaßt zu folgenden Ergebnissen:

Übersicht

Entwicklung des Bedarfs und Angebots an Ingenieuren und Naturwissenschaftlern [1])

– in 1000 –

	1975	1980	1985	1990
Gesamtbedarf				
– Untergrenze	540,5	563,4	588,5	615,5
– Mittelwert	572,7	615,3	662,0	713,0
– Obergrenze	588,2	658,9	736,3	819,8
Gesamtangebot				
– Untergrenze	575,0	651,5	762,8	883,6
– Mittelwert	582,9	657,3	769,8	891,1
– Obergrenze	589,6	665,3	808,9	971,2

[1]) Quelle: Battelle-Institut, Bedarf und Angebot an Ingenieuren und Naturwissenschaftlern in der Bundesrepublik Deutschland bis 1990. Bericht für den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Frankfurt am Main 1975, S. 94.

Übersicht 5

Pharmazeuten:

Situation 1980:

Für alle Apotheker, in Apotheken und nicht in Apotheken tätig, ergibt sich insgesamt eine Differenz zwischen Angebot und Bedarf von maximal 4230 bis minimal 210 Approbierten:

Bedarf: 28 065 bis 29 460

Angebot: 29 670 bis 32 295

Situation 1990 und 2000:

	1990		2000	
	Bedarf	Angebot	Bedarf	Angebot
Apotheker in Apotheken	26 165 bis 28 410	32 210 bis 36 060	28 220 bis 31 680	35 680 bis 42 600
Apotheker nicht in Apotheken	3 950 bis 4 200	4 565 bis 5 380	3 925 bis 4 500	5 120 bis 6 025
gesamt	30 115 bis 32 610	36 775 bis 41 440	32 145 bis 36 180	40 790 bis 48 625

Im Gegensatz zu 1980 ist 1990 und 2000 das Angebot bei keiner Alternative durch den Bedarf gedeckt, legt man die Arbeitszeitverhältnisse der Gegenwart zugrunde. Das Überangebot ist in jedem Falle beträchtlich:

1990: 4 165 bis 11 325 Apotheker

2000: 4 610 bis 16 480 Apotheker

Es ist allerdings nicht anzunehmen, daß sich die Arbeitszeitstruktur der Apotheker in Apotheken langfristig nicht ändert.

Bei zurückgehender durchschnittlicher Arbeitszeit der Apotheker in Apotheken werden sowohl 1990 als auch 2000 die Bilanzen zumindest bei einer Alternative ausgeglichen sein, da der Bedarf entsprechend steigt.

Quelle: „Voraussichtliche Entwicklung des Angebots und Bedarfs an Pharmazeuten unter Einbeziehung der pharmazeutischen Hilfsberufe bis zum Jahr 2000", Band 6 der Reihe „Hochschulabsolventen im Beruf", herausgegeben vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bonn, August 1976.

Übersicht 6

Lehrerbedarf nach Schulbereichen bzw. Schularten in den Jahren 1980 und 1985
– Vollzeitlehrerfälle (in 1000) –[1])

Bedarfsfaktoren Schulbereiche Schularten	1980 Variante 1	 Variante 2	1985 Variante 1	 Variante 2
	1	2	3	4
I. Grundbedarf	573,0 – 578,6	526,6 – 532,2	557,1 – 559,6	485,2 – 487,2
davon:				
– Primarbereich	131,0	115,3	146,6	121,1
davon:				
○ Einrichtungen für Fünfjährige im Primarbereich	12,6	11,1	30,4	25,1
○ Grundschulen	118,4	104,2	116,2	96,0
– Sekundarbereich I	262,8	238,9	206,2	185,5
davon:				
○ Hauptschulen	107,2	97,5	82,1	73,8
○ Realschulen[2])	60,5	54,9	46,8	42,1
○ Gymnasien I	67,0	60,9	50,5	45,5
○ Integrierte Schulen[3])	28,1	25,6	26,8	24,1
– Sekundarbereich II (Vollzeit)	102,3 – 109,4	102,3 – 109,4	138,5 – 142,1	118,7 – 121,8
davon:				
○ Gymnasien II[4])	46,7 – 50,5	46,7 – 50,5	59,3 – 61,1	50,8 – 52,3
○ Berufliche Schulen	41,3 – 44,6	41,3 – 44,6	60,4 – 62,2	51,8 – 53,4
○ Fachschulen	14,3	14,3	18,8	16,1
– Sekundarbereich II (Teilzeit)	37,6 – 36,1	37,6 – 36,1	29,6 – 28,5	29,6 – 28,5
– Sonderpädagogische Betreuung	39,3	32,5	36,2	30,3
davon:				
○ Sonderschulen für Lernbehinderte	23,0	23,0	19,9	19,9
○ Sonderschulen für „Nicht-Lernbehinderte"	16,3	9,5	16,3	10,4
Nachrichtlich:				
Grund- und Hauptschulen[5])	238,2	212,8	228,7	194,9
Gymnasien[4])	113,7 – 117,5	107,6 – 111,4	109,8 – 111,6	96,3 – 97,8
Berufliche Schulen[6])	93,2 – 95,0	93,2 – 95,0	108,8 – 109,5	97,5 – 98,0

Quelle: Prognose des globalen, des schularten- und fächerspezifischen Lehrerangebots und Lehrerbedarfs bis zum Jahre 1985, hrsg. von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Bonn, 14. März 1977

*) Erläuterung der Fußnoten und Varianten siehe nächste Seite

noch Übersicht 6

Bedarfsfaktoren Schulbereiche Schularten	1980		1985	
	Variante 1	Variante 2	Variante 1	Variante 2
	1	2	3	4
II. Bedarf für Ganztagsschulen	5,3 – 5,4	4,8 – 4,9	15,9 – 16,0	13,8 – 13,9
davon:				
– Primarbereich [5])	1,3	1,1	4,4	3,7
– Sekundarbereich I	2,6	2,4	6,2	5,6
– Sekundarbereich II [6]) (Vollzeit)	1,0 – 1,1	1,0 – 1,1	4,2 – 4,3	3,6 – 3,7
– Sonderpädagogische Betreuung	0,4	0,3	1,1	0,9
III. Bedarf für Bildungsberatung [7])	2,3	2,3	3,9	3,9
Zwischensumme	580,6 – 586,3	533,7 – 539,4	576,9 – 579,5	502,9 – 505,0
IV. Mehrbedarf	35,0 – 35,9	–	28,9 – 29,0	–
– für die reformierte gymnasiale Oberstufe	6,0 – 6,5	–	–	–
– für die Lehrerfort- und -weiterbildung [8])	5,8 – 5,9	–	5,8	–
– für längere Krankheit, Kur und Schwangerschaft [9])	23,2 – 23,5	–	23,1 – 23,2	–
Lehrerbedarf insgesamt	615,6 – 622,2	533,7 – 539,4	605,8 – 608,5	502,9 – 505,0
Nachrichtlich:				
Zusatzbedarf „Sonstiges Personal" für Geistig- und Körperbehinderte	9,4	–	8,9	–

[1]) Geringe Abweichungen durch Runden der Zahlen.
[2]) Einschließlich Abendrealschulen.
[3]) Integrierte Gesamtschulen einschließlich schulformunabhängige Orientierungsstufe.
[4]) Einschließlich Abendgymnasien und Kollegs.
[5]) Einschließlich Einrichtungen für Fünfjährige im Primarbereich.
[6]) Einschließlich Fachschulen.
[7]) Ohne Bedarf an Schulpsychologen.
[8]) 1 % der Zwischensumme.
[9]) 4 % der Zwischensumme.

1. In der Variante 1 ist der im Bildungsgesamtplan bereits berücksichtigte Lehrerbedarf auf der Basis der günstigeren Schüler-Lehrer-Relation des Bildungsgesamtplans sowie einer Schüler-Lehrer-Relation von 7 : 1 für die Sonderschulen für „Nicht-Lernbehinderte" enthalten.
2. In der Variante 2 ist der im Bildungsgesamtplan bereits berücksichtigte Lehrerbedarf auf der Basis der ungünstigeren Schüler-Lehrer-Relationen enthalten.

Anlage

Übersicht über die wichtigsten Veröffentlichungen zum Thema Hochschulabsolventen

Teil A

Globale Angebots- und Bedarfsprognosen

Alex, L.; Heuser H., Herrmann M., Thissen H.-W., Welbers G.
Angebot und Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften in der Bundesrepublik Deutschland bis 1980
Schriftenreihe Hochschule 8, Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bonn 1972

Armbruster W.
Arbeitskräftebedarfsprognosen als Grundlage der Bildungsplanung
Max-Planck-Institut für Bildungsplanung, Berlin 1971

Akademikerbedarf, Möglichkeiten und Grenzen
Bern 1972

Battelle-Institut e. V.
Quantitative und qualitative Vorausschau auf dem Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland mit Hilfe eines Strukturmodells
Berichte für das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1969

Blüm A., Frenzel U.
Quantitative und qualitative Vorausschau auf dem Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland
Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
Band 8.1 und 8.2, Nürnberg 1975

Bund–Länder–Kommission für Bildungsplanung
Entwicklung des Angebots und Bedarfs an Hochschulabsolventen
Bonn 1975

Bildungsgesamtplan Band I und II
Stuttgart 1974

Diebold Deutschland GmbH
Angebot und Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften in der Bundesrepublik Deutschland bis 1980
Arbeitskräftebilanz und Intensivanalyse
Bielefeld 1972

Heindlmeyer P., Heine U., Möbes H.-J., Riese H.
Berufsausbildung und Hochschulbereich
Eine quantitative Analyse für die Bundesrepublik Deutschland
HIS, Hannover, Hochschulplanung Band 13, 1973

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
ABC-Handbuch zu den ausbildungs-, berufs- und wirtschaftszweigspezifischen Beschäftigungschancen
Nürnberg 1974

Jeschek W., Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
Projektion der Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftebedarfs in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland bis 1985
Gutachten im Auftrage des Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft
Frankfurt am Main, Berlin 1973

Krafft A., Sanders H., Straumann P. R., Gesamtleitung: H. P. Widmaier
Hochqualifizierte Arbeitskräfte in der Bundesrepublik Deutschland bis 1980
Schriftenreihe Hochschule 6
Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft
Bonn 1971

Prognos AG, Fides Treuhandgesellschaft
Dynamisches Strukturmodell für das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland
Basel, Zürich, Heidelberg 1971

Riese H.
Die Entwicklung des Bedarfs an Hochschulabsolventen in der Bundesrepublik Deutschland
Wiesbaden 1967

Entwicklung des Angebots und Bedarfs an Hochschulabsolventen,
Drs. K 2/76 der Bund–Länder–Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK),
Bonn, Januar 1976
(ergänzt durch Drucksachen K 36/76 vom 19. Mai 1977 – Anschreiben an die Ministerpräsidenten – und K 31/77 vom 23. Mai 1977 – Verfahrensvorschlag)

Bedarf der privaten Wirtschaft an Akademikern – eine Tendenzanalyse, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Köln 1975

Teil B

Fächerspezifische Angebots- und Bedarfsprognosen

Albach
Nachfrage und Angebot an Wirtschaftswissenschaftlern 1973 bis 1990
Wissenschaftsrat Drs. 2698/75

Battelle-Institut e. V.
Bedarf und Angebot an Ingenieuren und Naturwissenschaftlern in der Bundesrepublik Deutschland bis 1990
Hochschulabsolventen im Beruf Band 2
Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1975

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus
Der Lehrerbedarf in Bayern
München 1975

Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung
Schmidt S. H.
Zahnärztebedarf in Bayern
Bayerische Hochschulforschung Materialien Heft 4
München 1975

Schmidt S. H.
Architektenbedarf in Bayern
Bayerische Hochschulforschung Materialien Heft 6
München 1974

Schmidt S. H.
Pharmazeutenbedarf in Bayern
Bayerische Hochschulforschung Materialien Heft 12
München 1975

Loibl M., u. a.
Bedarf an Absolventen der Fachhochschulen, Fachrichtung Sozialwesen in Bayern
Bayerische Hochschulforschung Materialien Heft 13
München 1975

Beckenbach N., Braczyk H.-J., Herkommer S., Malsch Th., Seltz R., Stück H.
Ingenieure und Techniker in der Industrie
Frankfurt, Europa Verl. Anst. 1975

Birg H.
Analyse und Prognose der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und ihren Regionen bis zum Jahr 1990
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Heft 35
Berlin 1975

Blüm A.
Lehrerbestandsfortschreibung
Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
Bonn 1974

Blahusch F., Gerl E., Rößler E., HIS GmbH
Vorausschätzung des Bedarfs an Hochschullehrern und des Hochschullehrernachwuchses an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland bis 1995
Hochschulabsolventen im Beruf Band 4
Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft
1975

Fonds der Chemischen Industrie
Statistische Übersichten zum Bestand an Chemikern in der Chemischen Industrie der Bundesrepublik Deutschland
Frankfurt 1974

Der Chemiker
Ausbildung und Berufschancen
Frankfurt am Main, 1975

Diebold Deutschland GmbH
Der Bedarf an ADV-Fachkräften bis 1978
3 Bände
Leopoldshafen 1974

Verband Deutscher Elektroingenieure e. V.
Die Elektroingenieure in der Bundesrepublik Deutschland
Studie 1975 zur Frage des Bedarfs
Frankfurt am Main, 1975

Gülicher H., Gürtler H., Lund H.
Alternative Vorausschätzungen der Nachfrage nach Humanmedizinern und Apothekern in Nordrhein-Westfalen für den Zeitraum 1971 bis 1981
Beiträge zur Hochschulplanung Nr. 8
Wuppertal 1969

Hartung D., Nuthmann R.
Politologen im Beruf
Zur Aufnahme und Durchsetzung neuer Qualifikationen im Beschäftigungssystem
Stuttgart 1970

Heindlmeyer P.
Ausbildungsgänge an Hochschulen und ausgeübter Beruf in der Bundesrepublik Deutschland und im internationalen Vergleich
Linz 1974

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
Wachstum und Arbeitsmarkt
Angebot und Bedarf an Arbeitskräften bis 1990
Quint A B 1
Nürnberg 1975

Strukturwandel und Arbeitsmarkt
Die Verteilung der Erwerbspersonen auf Wirtschaftszweige und Berufe 1950/1961/1970
Quint A B 2
Nürnberg 1975

Hochschulbildung und Arbeitsmarkt
Ausbildung und Beschäftigung hochqualifizierter Arbeitskräfte
Quint A B 3
Nürnberg 1975

Freytag H. L., Griesbach H., Lewin K., Schacher M., HIS GmbH
Beschäftigungslage und Berufschancen für Wirtschaftswissenschaftler, Juristen und Sozialwissenschaftler 1961 bis 1990
Hochschulabsolventen im Beruf Band 3
Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft
1975

Höfner & Partner
Voraussichtliche Entwicklung des Angebots und Bedarfs an Pharmazeuten unter Einbeziehung der Pharmazeutischen Hilfsberufe bis zum Jahr 2000
Hochschulabsolventen im Beruf Band 6
Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft
1976

McKinsey & Company, Inc.
Ausbildungsbedaff für Mediziner bis zum Jahr 2000
Hochschulabsolventen im Beruf Band 1
Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft
Koblenz Juni 1974

Koller S.
Ärztebedarf: Zahl, Struktur und Nachwuchsbedarf der Ärzte
Bonn-Bad Godesberg 1970

Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland
Arbeitsgruppe Bedarfsfeststellung
Zusammenstellung der Lehrangebotsprognosen der Länder für den Bereich der allgemeinbildenden Schulen 1972 bis 1985, 1974

Prognose des Angebots und Bedarfs an Lehrern in berufsbildenden Schulen bis zum Jahr 1985
Bonn 1975

Ausschuß der Justizministerkonferenz zur Reform der Juristenausbildung:
„Bericht über die Berufsaussichten junger Juristen", Hannover, 16. November 1976
(veröffentlicht von der Geschäftsstelle der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder,
Fehrbelliner Platz 2, 1000 Berlin 31, am 5. Januar 1977)

Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 1971 bis 1985
Dokumentation 41, April 1974

Lewin K., HIS GmbH
Berufsaussichten für Wirtschaftswissenschaftler, Juristen und Sozialwissenschaftler bis 1990
HIS Kurzinformation, Juni 1976

Mahrenholtz O.
Modell Ingenieurwissenschaften
Wissenschaftsrat Drs. 2699/75

Matthias P.
Determinanten der beruflichen Existenz hochqualifizierter Arbeitskräfte
Zur Berufssituation von Diplom-Kaufleuten
Berlin 1973

Deutsche Physikalische Gesellschaft
Zum Angebot und Bedarf an Physikern in der Bundesrepublik Deutschland bis 1990
1974

Specht K. G., Wasilewski R., Lubecki P., Heier D
Die voraussichtliche Entwicklung von Angebot und Bedarf an Zahnmedizinern bis zum Jahr 2000
Hochschulabsolventen im Beruf Band 5
Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft
1976

Statistisches Bundesamt Wiesbaden
Vorausschätzung der Bevölkerung für die Jahre 1972 bis 2000
Fachserie A Bevölkerung und Kultur 1974

Tessaring M., Werner H.
Beschäftigungsprobleme von Hochschulabsolventen im internationalen Vergleich
Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Band 53
Göttingen 1975

Wissenschaftsrat
Empfehlung zu Umfang und Struktur des Tertiären Bereichs vom 21. Juni 1976
Bund–Länder–Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Untersuchung über die Verbesserung der Effizienz im Bildungswesen
Bonn 6. Juli 1976

Empfehlungen und Stellungnahmen
Köln 1976

Ingenieurwissenschaften
Köln 1976 Drs. 2849/76

Prognose des globalen, des schularten- und des fächerspezifischen Lehrerangebots
und Lehrerbedarfs bis zum Jahre 1985
Bund–Länder–Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung
Bonn, 14. März 1977

Analyse des gegenwärtigen Berufsfeldes und Vorstellungen zur künftigen Nachfrage nach Absolventen agrarwissenschaftlicher Studiengänge – vorläufige Fassung eines Gutachtens des Instituts für Agrarökonomie der Universität Göttingen vom Nov. 1976 im Auftrag des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Teil C

Sonstige Einzelveröffentlichungen zum Zusammenhang zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem;

Aufsätze in Zeitschriften und Periodika

Arbeitskreis für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie der CDU/CSU Bundestagsfraktion
Eine Dokumentation zu den Chancen der Hochschulabsolventen bis zum Jahr 2000
Bonn August 1976

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
Beschäftigungssystem und Akademikernachwuchs
Köln 1976

Amelang M., Tiedemann J.
Psychologen im Beruf
Studienverlauf und Berufstätigkeit
Psychologische Rundschau Band 22 1971 S. 151 ff.

Barthel P., Blettner M., Müller J.
Studie über die Berufsaussichten des Diplom-Statistikers
Zur Berufssituation des „Diplom-Statistikers" in Wirtschaft und Verwaltung
Zeitschrift für Markt-Meinungs- und Zukunftsforschung, Heft 1/2 1975 S. 3655

Beckerhoff D.
Trends der Vergangenheit für die Zukunft?
Darstellung und Kritik einer Prognose für Ingenieure und Naturwissenschaftler
Analysen Heft 12 1975 S. 23 ff.

Von den Studieninhalten hängt es ab . . .
Eine Untersuchung über den Bedarf von Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaftlern
Analysen Heft 1 1976 S. 17 ff.

Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft
Die Berufsgesellschaft und ihre Bildung
Bilanz und Ausblick
Protokoll Nr. 53 1976

Blüm A., Kühlewind G.
Vorausschau auf den Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland bis 1990
Modelluntersuchungen nach 60 Berufen
MittAB 8. Jg. 1975 Heft 4

Dichgans H.
Akademikernachwuchs . . . und Beschäftigungssystem
Der Arbeitgeber 28/1976 Heft 8 S. 327 ff.

Draeger W.
Wachsender Bestand an Ingenieuren erfordert neue Maßstäbe für ihren effektiven Einsatz
Sozialistische Arbeitswissenschaft 1976, S. 177 f.

Hofbauer H., König P.
Berufswechsel bei männlichen Erwerbspersonen in der Bundesrepublik Deutschland
MittAB 1, 1973, S. 37 ff.

Hoffmann C., Lufft D.
Lehrerbedarf und -angebot für die Berufsschulen in der Bundesrepublik Deutschland
Zeitschrift für Berufsbildungsforschung Heft 2, 1973 S. 1 ff.

Jochimsen R.
Nicht Schlagworte, sondern Reformen
Anmerkungen zur Bedarfsdiskussion
Bildung und Wissenschaft, Informationen 6/76, 23. 10. 1976, S. 159 f.

Kohler R.-M., Lamberts W.
Beschäftigung von Hochschulabsolventen in Privatwirtschaft und Bildungswesen
Mitteilungen des RWI, Heft 2, 1974, S. 81 ff.

Kühlewind G., Thon M.
Projektion des deutschen Erwerbspersonenpotentials für den Zeitraum 1975 bis 1990
Mitteilungen der Bundesanstalt für Arbeit Heft 2, 1976, S. 156 ff.

Maier H.
Akademikernachwuchs und Bedarf
Der Arbeitgeber 28/1976/8/S. 329–332

Widerspruch im Gang der Bildungspolitik
Herder Korrespondenz Heft 8, 1976, S. 396 f.

Mertens D.
Arbeitsmarktvorausschau. Gefahr hoher Dauerarbeitslosigkeit
Der Arbeitgeber Heft 3, 1976

Parmentier K.
Akademikerbedarf – und eben über den Daumen gepeilt? Über die Beziehung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem
Aspekte 9, 1975, 9, S. 24 ff.

Pini J.
Nicht alle kommen unter
Die langfristigen Berufsaussichten klassischer Archäologen
Universität Köln, Mitteilungen Nr. 1 1976, S. 10 f.

SAB-Institut für sozio-ökonomische Strukturforschung
Zum Problem des Personalbedarfs in der Versorgung psychisch Kranker und Behinderter
Deutscher Bundestag, Drucksache 7/4201
Bonn 1975, S. 864 ff.

Schaaf G.
Hochschulexpansion und Akademikerbedarf – Entwicklung des Arbeitsmarkts und der Berufsaussichten für Akademiker
Amtsblatt des Kultusministeriums Baden-Württemberg: Kultur und Unterricht Nr. 10 vom 15. 5. 1975, S. 200 ff.

Schneider T.
Die Berufsaussichten der Juristen
NJW 1976 Heft 28, S. 1247 f.

Schnur P.
Projektion des Arbeitskräftebedarfs für die Jahre 1980, 1985 und 1990
Modellsuchung nach 26 Wirtschaftszweigen
MittAB 7 Jg. 1974, Heft 3

Schöttler R., Rüdiger H.
Diplom-Agraringenieure in der Dünger- und Pflanzenschutzmittelindustrie
VDL-Nachrichten
Bonn 1975

Statistisches Bundesamt
5. Koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung bis 1990
Wirtschaft und Statistik Heft 12, 1975, S. 793 f. und Heft 6, 1976, S. 337 f.

Straumann P. R.
Bildungspolitische Aspekte der Ausbildung und Beschäftigung von Psychologen in der Bundesrepublik Deutschland
Manuskript unveröffentlicht

Tessaring M.
Wissen wollen, was morgen sein wird . . .
Übersicht über spezielle Prognosen für einzelne Ausbildungsrichtungen oder Einsatzbereiche
Aspekte Nr. 4/76 und 7/8/76, S. 32 ff.

Warlitzer V.
Ermittlung des Bestandes und Bedarfs an Planstellen in den Bereichen Raumordnung, Landes- und Regionalplanung im höheren Dienst und in vergleichbaren Vergütungsgruppen
Mitteilungen aus dem Institut für Raumplanung Heft 77
Bonn-Bad Godesberg 1972

Wollny H.
Der Ausbildungsstand der Erwerbsbevölkerung, Wohnbevölkerung und Erwerbspersonen nach Altersgruppen und Art des höchsten Schulabschlusses
Ergebnisse der Volkszählung 1970
Wirtschaft und Statistik 1974 Heft 3, S. 177 f.

Falsch und gefährlich, Arbeitsmarkt 1990
Wirtschaftswoche. 30, 1976, 26, S. 14 ff.

Vor schlimmen zehn Jahren: Akademikerboom
Arbeit und Sozialpolitik 30, 1976/6, S. 199 ff.

Studien- und Berufswahl 1976/77,
hrsg. von der Bund–Länder–Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung und der Bundesanstalt für Arbeit

Eingliederungsprobleme von Absolventen tertiärer Bildungsgänge beim Übergang vom Ausbildungs- zum Beschäftigungssystem in ausgewählten Ländern, Band 8 der Reihe Bildungswesen im Vergleich – Materialien zur Bildungsplanung,
hrsg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft,
Bonn, Dezember 1976

Technik und Arbeitsmarkt – Auswirkungen technischer Änderungen auf Arbeitskräfte, Quintessenzen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 7 (Quint A B 6),
1. Auflage, Nürnberg 1977

Berufliche Flexibilität und Arbeitsmarkt – Anpassung zwischen Angebot und Nachfrage,
Quintessenzen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 7 (Quint A B 7),
1. Auflage, Nürnberg 1977

Ausbildungsförderung im Rahmen der Hochschulfinanzierung,
Abschlußbericht der von der Bund–Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung eingesetzten Arbeitsgruppe,
Bonn, Mai 1977

Chancen der jungen Generation in Ausbildung und Beruf – Perspektiven und Maßnahmen,
hrsg. von der Landesregierung Baden-Württemberg, Stuttgart, März 1977

Prof. Dr. R. Jochimsen:
Hochschulexpansion und Arbeitsmarkt,
in: UMSCHAU in Wissenschaft und Technik, Heft 1 (1977)

Bedarfsprognosen für akademische Berufe,
Pressemitteilung 19/76 des Niedersächsischen Ministers für Wissenschaft und Kunst vom 18. Februar 1976
(Beantwortung der Kleinen Anfrage des CDU-Landtagsabgeordneten Wedekind)

Dr. Dieter Mertens:
„Unterqualifikation ist ein größeres Risiko als Überqualifikation", Interview mit der Zeitschrift „UNI – Berufswahl Magazin", 1. Jg. Heft 7–8 / 1977, hrsg. von der Bundesanstalt für Arbeit

Dr. Laszlo Alex:
„Arbeitsmarkt: Umstrukturierung statt Verdrängung", in: „UNI – Berufswahl Magazin", 1. Jg. Heft 6/1977,
hrsg. von der Bundesanstalt für Arbeit

Strukturanalyse der Arbeitslosen und der offenen Stellen – Ergebnisse der Sonderuntersuchung von Ende September 1976,
Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Heft 1/1977 vom 28. Januar 1977

Hans Dichgans:
„Konsens in der Bundespolitik",
Heft 4 in der Reihe „Materialien zur Bildungspolitik" des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, Essen-Bredeney 1977

D. Beckerhoff, R. Jochimsen:
Bedarfsorientierung eines expandierenden Bildungssystems?
in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften,
Neue Folge Band 92 I und II, Soziale Probleme der modernen Industriegesellschaft; Duncker & Humblot, Berlin 1977

Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu Umfang und Struktur des Tertiären Bereichs
(insbesondere Abschnitt IV: Wechselbeziehungen zwischen Tertiärem Bereich und Beschäftigungssystem), verabschiedet am 21. Juni 1976, Wissenschaftsrat,
Marienburger Str. 8, 5000 Köln 51

„Für eine Neuorientierung der Hochschulpolitik unter veränderten Bedingungen",
Beschlüsse der 28. ordentlichen Bundesdelegierten-Versammlung der RCDS in Tübingen, in: RCDS-Magazin Nr. 2/77, S. 4